

friedensfähig! (10)

9. Oktober 2024

In unserem letzten Flugblatt haben wir über den 21. September, den Internationalen Friedenstag der UNO geschrieben --- über die Verpflichtung aller Staaten, zur friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen --- über den Einsatz von sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern für die Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Palästina/Israel. Die deutsche Regierung hingegen spricht nur vom Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und Israels - und ist nach den USA mit Abstand der größte Lieferant für Kriegsgerät, Munition und Ersatzteile.

36 Millionen

Das war im Sommer 2023 etwa die Zahl der Menschen im Nahen und Mittleren Osten, die vor Kriegen und Verfolgung geflohen sind oder vertrieben wurden. Sie sind größtenteils Flüchtlinge im eigenen Land oder leben in Nachbarländern.

Die erneut aufgeflammt, und mit bisher ungekannter Brutalität gegen Zivilisten geführten Kämpfe in und um Palästina/Israel verschlimmern die Not der Menschen.

Die bittere Bilanz aus einem Jahr Nahostkrieg haben deutsche Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen so zusammengefasst (aus ihrem Aufruf zu einer Kundgebung am 18. Oktober vor dem Bundeskanzleramt):

Wir erleben eine erschütternde Eskalation an Gewalt und Leid in Palästina und Israel. Im aktuellen Krieg sind seit dem 7. Oktober 2023 bereits über 41.000 Menschen in Palästina und über 1.200 Menschen in Israel getötet worden. Etwa 100 Geiseln befinden sich noch immer in Gaza.

Mindestens 95.000 Palästinenser:innen wurden verwundet und Unzählige werden vermisst. Nahezu die gesamte Bevölkerung Gazas, 1,9 der 2,1 Millionen Bewohner:innen, wurde bereits mehrfach innerhalb ihres Landes vertrieben. Etwa 100.000 Israelis sind seit letztem Oktober evakuiert. Es gibt keinen sicheren Ort im gesamten Gazastreifen. Das bewusste Vorenthalten von humanitärer Hilfe, von Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser und medizini-



scher Versorgung durch Israel bedroht akut das Leben Hunderttausender in Gaza. Und im Westjordanland sind die Menschen mehr denn je schutzlos der Gewalt von Armee und Siedler:innen ausgesetzt.

Zu all dem wollen und können wir nicht schweigen. Wir verurteilen alle Kriegsverbrechen in diesem Krieg, sowohl die der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen, als auch die der israelischen Regierung. Wir trauern um alle Opfer der Gewalt in Palästina und Israel. Wir bangen um die Tausenden, die in Israel willkürlich in Haft und oft Folter und Misshandlung ausgesetzt sind. Wir bangen um diejenigen, die als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden. Wir solidarisieren uns mit allen, die sich für Frieden und gleiche Rechte für alle Menschen in der Region einsetzen.

Während die deutsche Regierung zu Recht die Kriegsverbrechen der Hamas verurteilt, benennt sie die Kriegsverbrechen der israelischen Regierung und der Armee noch nicht einmal als solche. Mehr noch, durch ihr politisches Handeln billigt sie die völkerrechtswidrigen Handlungen Israels in Gaza. Die Bundesregierung schwächt die internationale Gerichtsbarkeit durch einseitige Parteinahme.



In Deutschland erleben wir im Kontext der PalästinaSolidarität massive Eingriffe in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir stellen uns klar gegen die Kriminalisierung von legitimen Protesten und tragen unsere Kritik am Krieg in Gaza und der Rolle der deutschen Regierung auch selbst auf die Straße.

Wir gehen auf die Straße, um deutlich zu machen: Eine Staatsräson, die bei den Menschenrechten und dem Völkerrecht doppelte Standards anlegt, nützt niemandem und trägt – den wiederholt vortragenen politischen Erklärungen zum Trotz – auch nicht zur Sicherheit Israels bei. Menschenrechte und Völkerrecht sind universell. Menschenleben dürfen nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: Palästinensisches Leben ist genauso kostbar wie israelisches Leben.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand ein. Nur ein Waffenstillstand schafft

die Bedingungen für ein Ende des Tötens und für die Freilassung der Geiseln und unrechtmäßig Inhaftierten.

- Liefern Sie keine Rüstungsgüter an Israel, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden.
- Unterstützen Sie die internationale Gerichtsbarkeit ohne Einschränkungen, um die jahrzehntelange Straflosigkeit zu beenden.
- Setzen Sie sich im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 mit aller Kraft für ein Ende der illegalen Besatzung, des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland ein.
- Schützen Sie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland: Der Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus darf nicht gegen das Recht auf friedlichen Protest ausgespielt werden.

medico international, Forum ziviler Friedensdienst, Pax Christi, Amnesty International, Israelis für Frieden und viele andere stehen unter diesem Aufruf
<https://gerechter-frieden.org/aufruf/>

medico ergänzte Anfang Oktober:

Nun sind im Libanon Hunderttausende auf der Flucht, vor den intensivsten Bombenangriffen seit Jahrzehnten und einer israelischen Bodenoffensive.

UN-Generalsekretär Guterres warnte die Weltgemeinschaft vergeblich davor, dass der Libanon „kein zweites Gaza“ werden dürfe. Ein Jahr nach den Angriffen der Hamas auf Israel, dem Krieg in Gaza, in der Westbank und im Südlibanon, steht die gesamte Region am Abgrund. Der Ausweitung des Krieges stellt sich niemand in den Weg. Ein Frieden, für den unsere Partnerorganisationen und wir uns über Grenzen hinweg einsetzen, ist nicht in Sicht.

Schaut hin!
Soldarisiert euch!
Unterstützt die humanitäre Hilfe!

www.wetterau-aktionfrieden.de

ViSDP: Monika Bootz - Usagasse 26 - Friedberg